

01/2010

2015
aktuell

27. Januar 2010

1. **Wie weiter nach Kopenhagen?**
2. **Klimawandel gefährdet Welternährung**
3. **BMZ-Etat wächst nur geringfügig**
4. **Mehr Menschenrechte in die Entwicklungspolitik!**
5. **Global Monitoring Report 2010 zur Umsetzung von Bildungszielen**
6. **Kinder- und Müttersterblichkeit reduzierbar**
7. **LDC-Konferenz in Dhaka**

Kurz notiert
Termine

1. Wie weiter nach Kopenhagen?

Die Ergebnisse des UN-Klimagipfels, der vom 7. bis 19. Dezember 2009 in Kopenhagen stattfand, haben weltweit große Enttäuschung hervorgerufen. Das Ziel, zumindest über die Kernelemente eines neuen Klimaabkommens verbindlich zu entscheiden, wurde verfehlt. Selbst die Verabschiedung einer politischen Erklärung zur zukünftigen internationalen Klimapolitik war nicht möglich. Der von 26 Staaten erarbeitete sogenannte „Copenhagen Accord“ wurde vom Plenum der 194 Mitgliedstaaten der Klimakonvention lediglich zur Kenntnis genommen. Die Vereinbarung beinhaltet einige Kernelemente einer künftigen Klimapolitik. So setzen sich alle unterstützenden Staaten das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen. Die Industrieländer erklären sich dazu bereit, von 2010 bis 2012 bis zu 30 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Für das Jahr 2020 wird das Ziel vereinbart, bei ausreichenden und transparenten Minderungsangeboten der Entwicklungsländer jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaanpassung und umweltfreundliche Entwicklung in den ärmeren Ländern zu mobilisieren. Ein neues „High Level Panel“ soll die Erreichung dieses Ziels überprüfen. Alle Industrie- und Schwellenländer sollen bis zum 31. Januar 2010 Ziele für Treibhausgasreduktion bis zum Jahr 2020 vorlegen. Im Juni 2010 findet in Bonn eine Umweltminister-Konferenz

statt, um die Entscheidungen des nächsten UN-Klimagipfels, der Ende 2010 in Cancun/Mexiko zusammentritt, vorzubereiten.

http://unfccc.int/files/meetings/cop_15/application/pdf/cop15_cph_auv.pdf

Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen erklärte nach der Klimakonferenz: „Wir haben nicht das erreicht, was wir uns gewünscht haben, aber das, was zu erreichen war – die Alternative von wenig wäre nichts gewesen.“ Im Schlusssdokument hätten auch China und die USA das zwei Grad-Ziel anerkennt, die Bereitschaft zur Überprüfbarkeit ihrer Maßnahmen erkennen lassen und sich zu finanziellen Anschubhilfen für Klimaschutz in Entwicklungsländern bekannt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erklärte, Klimaschutz sei integraler Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit. Das Entwicklungsministerium unterstütze Entwicklungsländer bei der Minderung von Emissionen und Anpassung an den Klimawandel mit einem Beitrag in Höhe von etwa einer Milliarde Euro im Jahr 2009. Weitere zusätzliche Mittel werden im Rahmen der Beratungen des Bundeshaushalts 2010 bereitgestellt.

www.bmu.de/15_klimakonferenz/doc/45418.php

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/dezember/pm_20091218_118.html

Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten weltweit die mageren Konferenzergebnisse. Nach Einschätzung von Germanwatch hat der Klimagipfel sein Ziel verfehlt. Erstens, so Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, stimme die Ambition des Klimaschutzes nicht. „Die Welt sei damit eher auf einem Pfad in Richtung 3,5 Grad Temperaturanstieg als 2 oder gar 1,5 Grad.“ Zweitens sei bei den Finanzausgaben nicht sichergestellt, dass es sich nicht einfach um Umetikettierungen von Geldern der Armutsbekämpfung handelt; drittens sei auch nicht klar, ob die USA, China und andere Schwellenländer in absehbarer Zeit in ein rechtlich verbindliches Abkommen eingebunden werden, so Christoph Bals.

www.germanwatch.org/kliko/ks44.pdf

Nach Ansicht der evangelischen Hilfswerke „Brot für die Welt“, Diakonie Katastrophenhilfe und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) sind Bundeskanzlerin Merkel und die anderen Regierungschefs beim Klimagipfel ihrer historischen Verantwortung nicht gerecht geworden. Dass die EU-Regierungschefs kein positives Signal für ihre Bereitschaft zu Reduktionen und für eine langfristige Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen gegeben haben, war fatal, kritisierte „Brot für die Welt“-Direktorin Cornelia Füllkrug-Weitzel. Das Scheitern der Klimaverhandlungen ist nach Ansicht des katholischen Hilfswerks MISEREOR ein Armutszeugnis für die Politik, eine Schande für die Industrieländer und eine Katastrophe für die Menschen in den Entwicklungsländern. „Wir werden als Kirche und als international tätiges Hilfswerk weiterhin darauf drängen, dass ein rechtlich verbindliches Abkommen in den nächsten sechs Monaten erreicht wird“ erklärte der für MISEREOR zuständige Hamburger Erzbischof Werner Thissen. Es gehe um die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind.

www.brot-fuer-die-welt.de/weltweit-aktiv/index_5613_DEU_HTML.php

www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/katastrophales-scheitern-in-kopenhagen.html

Auch die Welthungerhilfe und terre des hommes kritisierten scharf, dass nach zwei Wochen Verhandlungen kein verbindliches Dokument verabschiedet wurde und keine klaren Finanzierungsziele zur Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern festgelegt wurden. Die Menschen, die unter dem Klimawandel schon heute leiden, wurden mit leeren Händen nach Hause geschickt, erklärte Dr. Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Welthungerhilfe. Die beiden Hilfswerke forderten die Bundesregierung auf, sich in den kommenden Monaten im Rahmen der Europäischen Union für ein verbindliches Klimaabkommen einzusetzen. Beide Organisationen hatten im Oktober 2009 ihren 17. Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe zum Thema Klimafinanzierung vorgelegt. Darin hatten sie gefordert, zukünftig einen Betrag von mindestens ein Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens (BNE) für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung im Süden bereitzustellen. Um diese notwendigen Mittel zu mobilisieren, sollten innovative Instrumente wie eine CO₂-Steuer oder eine international koordinierte Finanzmarktsteuer eingeführt werden.

www.welthungerhilfe.de/kopenhagen-kritik.html

www.tdh.de/content/materialien/download/download_wrapper.php?id=305

2. Klimawandel gefährdet Welternährung

Die Agrarministerinnen und -minister aus 47 Staaten haben sich beim Berliner Agrarministertreffen, das anlässlich der Grünen Woche in Berlin stattfand, dafür ausgesprochen, die für die Sicherung der Welternährung erforderlichen Mittel gezielt und koordiniert einzusetzen, damit das Recht auf Nahrung von allen Menschen in Anspruch genommen werden kann. Das Treffen wurde im Rahmen des „Global Forum for Food and Agriculture“ vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) veranstaltet und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Landwirtschaft und Klimawandel. In ihren Schlussfolgerungen bekräftigten die Landwirtschaftsministerinnen und -minister die Gefahr, dass die Auswirkungen des Klimawandels die Umsetzung des Millenniumsziels zur Halbierung des Anteils der hungernden Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015 gefährden können. Um die Produktion von Nahrungsmitteln, die den Ministerinnen und Ministern zufolge zur Ernährung der Weltbevölkerung bis 2050 um mindestens 70 Prozent steigen muss, nachhaltig und klimagerecht zu gestalten, müssen wichtige Umstrukturierungen in der Nahrungsmittelproduktion vorgenommen werden. Sie fordern deshalb eine klimaeffizientere Landwirtschaft, die Förderung erneuerbarer Energien und der Kohlenstoffspeicherung in Böden sowie den Ausbau von Forschung, Beratung und Technologietransfer. Die Welternährungsorganisation (FAO) soll sich demnach möglichst schnell mit der Frage befassen, wie Landwirtschaft gleichzeitig zu Ernährungssicherung und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen kann.

www.gffa-berlin.de

[www.gffa-](http://www.gffa-berlin.de/images/stories/FIGW2010/PDFs/endfassung_schlussfolgerungen_deutsch.pdf)

[berlin.de/images/stories/FIGW2010/PDFs/endfassung_schlussfolgerungen_deutsch.pdf](http://www.gffa-berlin.de/images/stories/FIGW2010/PDFs/endfassung_schlussfolgerungen_deutsch.pdf)

Im Vorfeld des Treffens hatten sich Bauernvertreterinnen und -vertreter aus Afrika, Asien, den USA und der EU in einer öffentlichen Tagung in Berlin für den Vorrang der Ernährungssouveränität gegenüber der Weltmarktorientierung ausgesprochen. In einer politischen Botschaft an Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner kritisierte die Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL), dass deren Ministerium seit

langem eine Agrarpolitik unterstütze, die den Interessen der Agrarindustrie zur Eroberung von Weltmärkten dient und dies als Strategie zur Sicherung der Welternährung verkläre. Zur Sicherung der Welternährung sei im Gegensatz dazu vielmehr die Stärkung der bäuerlichen und klimaverträglichen Landwirtschaft mit einer Ausrichtung auf die regionale Versorgung erforderlich. Dr. Henry Njakoi, Milchbauervertreter aus Kamerun, forderte die EU auf, Milchexporte in Entwicklungsländer einzudämmen, damit diese eine eigene Milchwirtschaft aufbauen können. Yudhvir Singh aus Indien erklärte, dass eine gezielte staatliche Unterstützung der kleinbäuerlichen Erzeuger sowie ein Schutz vor Dumpingimporten in Indien dazu geführt hätten, dass die Milchwirtschaft zu Armutsbekämpfung und zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Proteinen beigetragen habe.

www.eed.de/de/de.eed/de.eed.press/de.presse.390/

Oxfam forderte anlässlich des Agrarministertgipfels Investitionen in agrar-ökologische Anbauverfahren im Kampf gegen den Hunger. Die Oxfam Studie "People centred resilience" habe gezeigt, dass der Klimawandel die Lebensgrundlagen von 1,7 Milliarden Kleinbauern bedroht. Die vom Klimawandel betroffenen Kleinbauern leben mehrheitlich in ertragsschwachen und benachteiligten Gebieten. Bereits 384 Millionen Hektar sind in Entwicklungsländern vom Verlust der Bodenfruchtbarkeit durch den Klimawandel betroffen, in Afrika seien es 65 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Unterstützung agrar-ökologischer Anbauverfahren zahle sich daher Oxfam zufolge dreifach aus, indem sie die Ernährungssituation verbessert, die Anpassung an den Klimawandel fördert und hilft, Treibhausgase zu reduzieren. Bisher werde sie jedoch bei der Hungerbekämpfung zu wenig berücksichtigt: Der 2008 dafür eingerichtete EU-Fonds finanziere nur zu 14 Prozent Projekte mit einer agrarökologischen Komponente, während 51 Prozent der Mittel in Projekte flössen, die Pestizide verwenden.

http://oxfam.de/a_611_presse.asp?id=461

www.oxfam.de/download/people_centred_resilience.pdf

3. BMZ-Etat wächst nur geringfügig

Am 16.12.2009 wurde der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2010 im Kabinett beschlossen. Der Etat des Entwicklungsministeriums soll gegenüber dem Vorjahr um lediglich 67 Mio. Euro (+ 1,2 Prozent) auf insgesamt 5,881 Milliarden Euro gesteigert werden. Dabei wird die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit gestärkt; die Ausgaben in diesem Bereich sollen um rund 116 Millionen Euro anwachsen. Erhöhungen sind unter anderem bei den Politischen Stiftungen (+ 20 Millionen), den Kirchen (+ 13 Millionen), dem Freiwilligendienst „weltwärts“ (+ 10 Millionen) sowie den Vorhaben privater Träger (+ 10 Millionen) zu verzeichnen. Außerdem sollen im Rahmen der bilateralen Technischen Zusammenarbeit zusätzlich 44 Millionen für Vorhaben im Bereich der Ernährungssicherung bereitgestellt werden, die Bundeskanzlerin Merkel beim G8-Gipfel 2009 zugesagt hatte. Überproportional erhöht (von 48 auf 60 Millionen Euro) wird der Titel „Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft“, mit dem unter anderem gemeinsame Projekte von Unternehmen und staatlicher Entwicklungszusammenarbeit („Public Private Partnerships“) finanziert werden.

In der multilateralen Zusammenarbeit werden die Titel in den Bereichen Ernährungssicherung und weltweiter Umweltschutz um rund 83 Millionen Euro (+ 54 Prozent) verstärkt. Dagegen soll der deutsche Beitrag zum Globalen Fonds gegen

Aids, Malaria und Tuberkulose, der im Jahr 2009 noch 200 Millionen Euro betrug, um 58 Millionen reduziert werden. Dies ist bei der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) auf scharfe Kritik gestoßen. „Das ist ein klarer Wortbruch der Bundesregierung“ erklärte DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr. Bei der Wiederauffüllungskonferenz für den Globalen Fonds im Jahr 2007 hatte die Bundesregierung zugesagt, bis 2010 jeweils 200 Millionen Euro jährlich in den Globalen Fonds einzuzahlen. Das BMZ kündigte an, den vollen Betrag zu überweisen und die fehlende Summe aus Planungsressourcen und Restmitteln zu bestreiten.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/dezember/pm_20091216_116.html

www.dsw-online.de/presse/presseinformationen147.shtml

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) kritisierte, dass Deutschland mit dem vorgelegten Etat seine internationalen Verpflichtungen nicht erfüllen könne. So bleibe völlig offen, wie die Bundesregierung ihre Zusage an die Europäische Union, die ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, realisieren wolle. „Wir fordern von der Bundesregierung konkrete Vorschläge, wie sie ihre Versprechen einhalten will“, so der neue VENRO Vorsitzende Ulrich Post. Ein adäquates Mittel sei zum Beispiel die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

<http://venro.org/602.html>

Auch die Lobbyorganisation ONE wies darauf hin, dass Deutschland mit dem vorgelegten Etatentwurf das 0,51 Prozent-Ziel deutlich verfehlen werde. Der Haushaltentwurf weise so minimal Erhöhungen auf, dass man schon von Stagnation sprechen könne. Nach Berechnungen von ONE wären ab 2010 jährliche Steigerungen von 1,5 Milliarden Euro notwendig, um bis 2015 das 0,7 Prozent - Ziel zu erreichen.

www.one.org/c/de/pressemitteilungen/3195

Der Haushaltsentwurf befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung und wird voraussichtlich im März 2010 verabschiedet.

4. Mehr Menschenrechte in die Entwicklungspolitik!

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss sich stärker an den menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands und seiner Partnerländer ausrichten. Dies ist die Hauptaussage des vom Deutschen Institut für Menschenrechte veröffentlichten Positionspapiers „Mehr Menschenrechte in die Entwicklungspolitik!“. Das Positionspapier plädiert für eine Entwicklungszusammenarbeit, die rechtsstaatliche Verantwortung in Partnerländern fördert. Die Rechenschaftslegung der Regierungen gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ist für den Menschenrechtsschutz zentral und Basis für die Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen. Hierfür sei demokratische Kontrolle notwendig, zu der auch die Förderung guter Regierungsführung in Partnerländern beitragen kann. Regierungen müssen sich dann nicht nur gegenüber gesetzgebenden Gremien, sondern auch gegenüber der Bevölkerung, der Zivilgesellschaft und den Medien verantworten. Ein- und Ausstiegsriterien für Entwicklungszusammenarbeit sollten sich an Menschenrechten orientieren und für die Partnerländer sowie die Öffentlichkeit transparent sein. Allerdings greife die regelmäßig formulierte Forderung, Entwicklungszusammenarbeit einzustellen, wenn Partnerregierungen Menschenrechte

verletzten, zu kurz: „Wenn die Regierung oder die Bevölkerung eines Landes Homosexuelle oder ethnische Minderheiten diskriminieren, wird beispielsweise die Einstellung eines Wasserprogramms daran nicht viel ändern“ argumentieren die Autorinnen Andrea Kämpf und Anna Würth. Der Schutz und die Förderung von Menschenrechten in den Partnerländern müssen für die Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit immer von zentraler Bedeutung sein. Dies könne auch bedeuten, mit solchen Partnerländern entwicklungspolitisch zusammenzuarbeiten, deren Regierungen Menschenrechte verletzen. Unter solchen Umständen müsse die Entwicklungszusammenarbeit primär lokale und regionale Akteure stärken, die sich aktiv im Menschenrechtsschutz engagieren.

www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_15_mehr_menschenrechte_in_die_entwicklungspolitik.pdf

5. Global Monitoring Report 2010 zur Umsetzung von Bildungszielen

Die Auswirkungen der Finanzkrise bedrohen den Zugang zu Bildung für Millionen Kinder in den ärmsten Ländern der Welt und damit die Umsetzung globaler Bildungsziele. Das geht aus dem diesjährigen Global Monitoring Report hervor, den die UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) unter dem Titel „Reaching the marginalized“ veröffentlicht hat. Darin bewertet die UNESCO den Stand der Umsetzung der sechs Education for All (EFA)-Ziele, zu deren Umsetzung sich auf dem Weltbildungsforum 2000 in Dakar 164 Länder verpflichtet haben. Dem Bericht zufolge besuchen weltweit noch immer rund 72 Millionen Kinder im Grundschulalter und 71 Millionen Jugendliche keine Schule. In der zurückliegenden Dekade konnten zwar Erfolge verbucht werden: So ist seit 1999 die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen um 33 Millionen zurückgegangen und die Zahl der Primärschulabschlüsse gestiegen. Dennoch sei schon heute abzusehen, dass das übergeordnete Ziel, bis 2015 allen Kindern zumindest eine Grundschulbildung zu gewährleisten, kaum mehr realisierbar ist. Zudem gefährdet die Kombination aus weltweit gebremstem Wirtschaftswachstum, steigender Armut und haushaltspolitischen Zwängen in Folge der globalen Finanzkrise die bisherigen Fortschritte. In vielen Entwicklungsländern sind Rückschritte bei der Entwicklung von Bildungssystemen zu befürchten. Allein im südlichen Afrika könnten die öffentlichen Ausgaben für Bildung um jährlich rund 4,6 Milliarden Dollar sinken. Die Autoren kritisieren das Scheitern der Regierungen, extreme Ungleichheiten im Bildungssystem zu bekämpfen und werfen der Gebergemeinschaft kollektives Versagen im Bereich Grundbildung vor. Trotz der in Dakar getroffenen Zusagen, vernachlässigen wichtige Geldgeber wie Deutschland die globale Förderung der Primar-Ausbildung. Die UNESCO geht von einer jährlichen Finanzierungslücke von mindestens 16 Milliarden Dollar aus und fordert UN-Generalsekretär Ban Ki Moon auf, 2010 eine hochrangige Geberkonferenz einzuberufen. Neben der universellen Grundschulbildung sehen die Verfasser auch andere EFA-Ziele gefährdet. Unter den Kindern ohne Schulbildung seien Mädchen weiterhin in der Mehrheit. Kaum Fortschritte gibt es auch im Kampf gegen Analphabetismus. Noch immer können 759 Millionen Menschen weltweit nicht lesen oder schreiben – darunter zwei Drittel Frauen.

www.unesco.de/efa.html?&L=0
<http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001866/186606E.pdf>

Um die Bildungschancen der weltweit 72 Millionen Kinder zu erhöhen, die derzeit keine Schule besuchen, fordert Oxfam in der Studie "Rescuing Education for all" einen grundlegenden Wandel der globalen Bildungsfinanzierung. In der Studie wird die Fast-Track Initiative – Education for all (FTI) untersucht, die 2002 geschaffen wurde, um die internationalen Bemühungen zur Erreichung allgemeiner Grundbildung zu koordinieren und deren Finanzierung zu unterstützen. Demnach drohen die EFA-Ziele an ineffizienten Finanzierungsmechanismen und knappen Mitteln zu scheitern. Seit 2005 stagnieren die von der Gebergemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel für Grundbildung, 2005 sanken sie sogar um ein Fünftel. Neben der Unterfinanzierung sieht Oxfam die mangelnde Unabhängigkeit von der Weltbank, bürokratische Verzögerungen und die unzureichende Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Partnerländern als Ursachen für das Versagen der FTI. Beispielsweise seien bereits 2006 bewilligte 20 Millionen Dollar zur Förderung der Grundbildung noch immer nicht an den Jemen ausgezahlt worden. Als Konsequenz empfehlen die Autoren eine Umgestaltung der FTI in einen Globalen Fonds für Bildung. Dieser müsse unabhängig von der Weltbank agieren und flexibel sowie partnerschaftlich mit den Entwicklungsländern kooperieren.

www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/rescuing-education-for-all.pdf

6. Kinder- und Müttersterblichkeit reduzierbar

Eine Studie des US-amerikanischen Guttmacher Institutes hält eine Reduzierung der Müttersterblichkeit um 70 Prozent und eine Minderung der Kindersterblichkeit um fast 50 Prozent für erreichbar. Entscheidend für die massive Reduktion wäre eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für Familienplanung sowie für die Gesundheitsfürsorge von Müttern und Neugeborenen um 12,8 Milliarden US-Dollar. Bezogen auf die Bevölkerung der Entwicklungsländer sind das 4,50 US-Dollar pro Jahr und Kopf. Damit könnten für alle Frauen in Entwicklungsländern sowohl Verhütungsmaßnahmen als auch moderne medizinische Versorgung finanziert werden. Die Effekte einer solchen Erhöhung der Ausgaben wären der Studie zufolge weitreichend. Neben der erwähnten Senkung von Mütter- und Kindersterblichkeit ließe sich auch die Zahl ungewollter Schwangerschaften von 75 Millionen (2008) auf 22 Millionen senken. Dadurch würde auch die Zahl der unsicheren Schwangerschaftsabbrüche reduziert, an denen viele Frauen sterben. Weiterhin hätte eine allgemeine Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern zur Folge, dass man sich verstärkt auf andere medizinische Bedürfnisse konzentrieren könnte. Eine größere Nutzung von Kondomen könnte auch die AIDS-Rate verringern. Auch hätte eine geringere Zahl ungewollter Schwangerschaften einen positiven Effekt auf die Berufs- und Bildungschancen von Mädchen und Frauen.

www.guttmacher.org/media/nr/2009/12/03/index.html

7. LDC-Konferenz in Dhaka

Anlässlich eines hochrangigen Treffens der Vereinten Nationen, bei dem sich Vertreterinnen und Vertreter von 15 der am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries, LDC) in Dhaka, Bangladesch versammelten, haben die UN zu größeren Anstrengungen bei der Unterstützung dieser Staatengruppe aufgerufen. Nur wenn die Geberländer mehr finanzielle Mittel bereit stellten, um die Ziele des Brüsseler Aktionsprogramms zur Armutsbekämpfung in den LDC zu erreichen, könnten die Auswirkungen der Ernährungs-, Energie- und Finanzkrise auf die LDC

abgemildert werden. Ziel des Aktionsprogramms ist die Halbierung des Anteils der Menschen die in extremer Armut leben bis zum Jahr 2015 sowie die Förderung nachhaltiger Entwicklung in den LDC. Die Umsetzung des Aktionsprogramms, dessen Laufzeit von 2001-2010 geht, soll im kommenden Jahr in der Türkei überprüft werden. Die Premierministerin von Bangladesch, Sheikh Hasina, erklärte, dass LDC im Vorfeld der Konferenz von Istanbul systemische Fragen angehen und sich gegen die negativen Auswirkungen der multiplen Krisen abgrenzen müssten. Auch der UN-Vertreter für die LDC erklärte, dass die Krisen gezeigt hätten, wie gefährdet deren Ökonomien seien.

www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=33505&Cr=least+developed&Cr1=

Kurz notiert:

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte bei ihrer strategischen Ausrichtung an Klima- und Umweltpolitiken die Gelegenheit für ein „doppeltes Mainstreaming“ nutzen und dabei der Gender-Perspektive ein stärkeres Gewicht geben. Dies fordert eine neue Studie des deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), die im Vorfeld der Konferenz von Kopenhagen vorgelegt wurde. Hintergrund ist die bisher unzureichende Berücksichtigung von Gender-Aspekten in der entwicklungspolitischen Debatte zum Thema Klimaschutz, -anpassung und -finanzierung.

[www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/%28ynDK_contentByKey%29/ANES-7Y5GUC/\\$FILE/DP%2021.2009.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/%28ynDK_contentByKey%29/ANES-7Y5GUC/$FILE/DP%2021.2009.pdf)

Termine

27. Januar 2010, Berlin, Stiftung Nord-Süd-Brücken, VENRO und SLE

„Tödliche Hilfe und hilfreiche Totengräber?“ Dambisa Moyos Beitrag und die Antworten der Entwicklungspolitik

Fachgespräch

Weitere Informationen: www.2015.venro.org/2015_termine.html

1. Februar 2010, Berlin, Welthungerhilfe, terre des hommes, DSW

Informationsabend zum Thema Globale Gesundheit

Weitere Informationen bei maike.schliebs@dsw-hannover.de

1. Februar 2010, Bonn, Global Policy Forum, terre des hommes, u.a.

Die globale Entwicklungskrise – Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen
Report-Präsentation

Weitere Informationen unter: www.globalpolicy.org/aktuell.html#Veranstaltungen

15. bis 16. März 2010, Berlin, Action for Global Health u. a.

Deutschland und die Gesundheits-Millenniumsentwicklungsziele – (K)eine Erfolgsgeschichte?

Konferenz

Weitere Informationen bei mareike.luppe@welthungerhilfe.de

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Daniel Stollberg

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung